

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Aufträge 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Stele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Telefon Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindevorstands-Girokonto Schandau 36.

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Eichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilkau, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 21

Bad Schandau, Dienstag, den 27. Januar 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- In zahlreichen Städten des Reiches fanden am Sonntag große Kundgebungen gegen die Auslieferung Deutscher an die Entente statt.
- Die Ausnahmestruktur für Brotgetreide wird vom 1. Februar von 84 auf 90 % heraufgesetzt.
- Wie verlautet, werden die Eisenbahntarife vom 1. März ab um 50 % erhöht.
- Der alte Bergarbeiterverband sprach sich für Einführung der Sechsstundenarbeit aus.
- Die Verteidigungsanlagen auf Helgoland sind inzwischen schon geschleift worden.
- Der frühere Fähnrich und jetzige Schüler v. Hirschfeld feuerte in Berlin zwei Revolvergeschosse auf den Reichsfinanzminister, der an der Schulter verletzt wurde.
- Zum Befehlshaber der französischen Truppen in Ober-Sachsen ist General Gratier ernannt worden.
- Die Bolschewisten in Rußland haben jetzt die zwölfstündige Arbeitszeit und die siebenstündige Arbeitswoche eingeführt.

Flucht in die Öffentlichkeit.

Erst waren es sieben, jetzt sind es dreizehn große Eisenbahnwerkstätten, die von der Regierung geschlossen werden. Nicht kurzer Hand, im Gegenteil. Mit unendlicher Langmut ist sie allen Wünschen und Vorschlägen der Arbeiterschaft nachgegangen, hat ihnen in jeder Beziehung entgegenkommen bemüht und sich auch durch Unbarmherzigkeit im Einzelnen, durch Streiks, passive Resistenz, Sabotage nicht darin beirren lassen, immer in der Hoffnung, diese ungeliebten Kinderkrankheiten einer neuen Zeit schließlich doch durch Milde und Güte überwinden zu können. Eine Zeitlang haben sich auch wirklich die Leistungen der Werkstätten in bescheidenen Grenzen; aber das war nur eine vorübergehende Erscheinung. Jetzt ist es schlimmer als je. Mangelnde Zusätze müssen geopfert werden bei stets geringer werdenden Arbeitsergebnissen. Auch die besonderen Kontrollkommissionen aus den Reihen der Arbeiterschaft, die eingesetzt wurden, um das Mißverhältnis zwischen Unkosten und Arbeitsleistungen zu beseitigen, haben nichts geholfen, und die Gefahr einer gänzlichen Stilllegung des Eisenbahnbetriebes infolge zunehmender Knappheit des rollenden Materials rückt immer näher. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor dem Volke hat deshalb die Regierung mit Beginn dieser Woche dreizehn Werkstätten geschlossen. Den Arbeitern wurde, unter Verzicht auf weitere Dienste, gekündigt. „Demnach“ sollen die Werkstätten unter neuen Bedingungen, die eine Wirtschaftlichkeit und erhöhte Arbeitsergebnisse gewährleisten, wieder geöffnet werden. Die Hauptrolle dabei wird natürlich die Arbeiterschaft spielen, die von den Werften an der Wasserfronte längst wieder eingeführt, von den Eisenbahnarbeitern bisher aber mit einer Hartnäckigkeit abgelehnt wurde, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. So will man versuchen, unter Abstoßung derjenigen Elemente, die lediglich in quibezahlter Arbeitsverhinderung ihren Daseinszweck erblicken, aus dem gegenwärtigen Elend herauszukommen. Die Vöcke müssen eben endlich einmal von den Schafen getrennt werden.

Die Regierung ist sich natürlich keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß sie hier in ein Weisheitsgeheimnis getreten hat. Deshalb vollzieht sie zu gleicher Zeit eine Flucht in die Öffentlichkeit, indem sie diese über die geradezu schandbaren Verhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten rücksichtslos unterrichtet. Von 70000 auf 160000 ist die Zahl der Arbeitskräfte während der Demobilisierung erhöht worden. Ergebnis: der Reparaturstand der Lokomotiven ist von 38 auf fast 48 % gestiegen. Auf alles wurde Rücksicht genommen: die Unterernährung, die Übermüdung durch gesteigerte Kriegsarbeit, auf Arbeitsunlust, auf Knappheit an Werkzeugen und vor allem auch auf den Mangel an guten Ausbesserungsmaterialien. Aber wenigstens 40 % der im Jahre 1913 erreichten Friedensleistung sollten jetzt doch erreicht werden können. Aber selbst hinter diesen Erwartungen bleiben im großen Durchschnitt aller Werkstätten die Arbeitsleistungen noch um etwa 60 % zurück. Und das trotz zahlreicher Verbesserungen der Ausrüstung der Werkstätten und trotz wesentlich stärkerer Belieferung mit gutem Arbeitsmaterial, die in der letzten Zeit wieder ermöglicht werden konnte; mehr als eine Milliarde ist allein für den letzten Zweck im Jahre 1919 von der Eisenbahnverwaltung ausgegeben worden. Es hat alles nichts genutzt. Der Lokomotivmangel nimmt einen immer erschreckenderen Umfang an: die Privatindustrie hat 1161 neue Lokomotiven im Jahre 1919 geliefert und 600 wieder betriebsfähig gemacht, und trotzdem hat sich die Zahl der verwendbaren Maschinen in den letzten Monaten um 600 vermindert. Mit mathematischer Sicherheit läßt sich der Zeitpunkt vorausberechnen, wo der Betrieb bei Fortdauer dieser Zustände unweigerlich zusammenbrechen muß.

Wer den Zusammenbruch nicht will, muß deshalb diese Zustände aus der Welt schaffen. Muß dafür sorgen, daß die arbeitswilligen Arbeiter wieder das Vertrauen bekommen, daß sie in den Werkstätten ruhig arbeiten können, muß Sicherheit dafür schaffen, daß die sachlich tüchtigsten Kräfte wieder wie früher die Führung bei der Arbeit übernehmen. Muß endlich dem Skandal ein Ende machen, daß die Arbeitsstunden vielen Beschäftigten nichts weiter als Erholungsstunden bedeuten, gerade gut dazu, um nachher, außerhalb der Arbeitszeit, Arbeitern anderer Berufe um so wirksamer unlautere Konkurrenz zu machen. Und da es, wie die Erfahrungen in der Privatindustrie gezeigt haben, auch in Reparaturwerkstätten mit der Akkordarbeit, entgegen den Behauptungen der Arbeiter, sehr wohl einzurichten ist, muß auf dieses Lohnsystem unbedingt wieder zurückgegriffen werden, damit der Durchschnittsarbeiter zwar seinen auskömmlichen Verdienst, der besonders geschickte oder fleißige Arbeiter aber darüber hinaus einen besonderen Anreiz zur Mehrleistung findet. Mißbräuche dieses Lohnsystems, wie sie in früherer Zeit zum Schaden der Arbeiter vorkamen, werden heutzutage selbstverständlich verhindert werden. Im ganzen aber muß jetzt endlich gehandelt werden; denn zu neuen Experimenten ist die Zeit zu kostbar.

Dr. Sv.

Attentat auf Erzberger.

Berlin, 26. Januar.

Als der Reichsfinanzminister Erzberger heute nachmittags 1/3 Uhr das Gerichtsgebäude in Moabit verließ, wo der Prozeß Erzberger-Selbsterich verhandelt wird, feuerte ein junger Mann zwei Revolvergeschosse auf ihn ab. Erzberger wurde durch einen Schuß an der Schulter leicht verwundet. Die zweite Kugel traf ihn in der Bauchgegend, prallte aber an einem metallenen Gegenstand, den Erzberger in der Tasche trug, ab.

Der Minister verließ in Begleitung des Rechtsanwalts Dr. Friedländer das Kriminalgericht in Moabit und begab sich mit ihm zu seinem Kraftwagen. Bevor Erzberger einstieg, unterhielt er sich noch mit dem Rechtsanwalt, als plötzlich ein junger gutgekleideter Mann an die beiden herantrat und einen Schuß abfeuerte. Friedländer drehte sich um und sprang auf den Attentäter zu. In demselben Augenblick feuerte dieser einen zweiten Schuß auf Erzberger ab. Erzberger fiel darauf, wie Zeugen gesehen haben, in seinen Kraftwagen hinein und der Chauffeur fuhr davon. Der Täter wurde von Sicherheitsbeamten festgenommen und auf der Wache als der am 24. November 1899 zu Berlin geborene frühere Fähnrich und jetzige Schüler Dittwig von Hirschfeld, der in Steglitz bei seinen Eltern wohnt, festgestellt. Der Vater ist Bankbeamter.

Die Motive des Attentäters.

Sofort nach seiner Festnahme wurde der Täter auf die Wache der Sicherheitswehr gebracht und dort vorläufig verurteilt. Er war sehr erregt, machte aber einen normalen Eindruck. Er erklärte, daß er sein Vorgehen als eine patriotische Tat betrachte mit dem Ziel, Erzberger endlich aus der Reichsregierung herauszubekommen. Vor seiner Abführung in das Untersuchungsgefängnis schrieb er noch einen Brief an seine Eltern, in dem er nochmals betonte, daß es nur aus patriotischen Gründen gehandelt habe.

Die neuen Wahlgesetze.

Drei verschiedene Vorschläge.

Da das praktisch noch nicht genügend erprobte gegenwärtige Reichstagswahlgesetz nicht durchweg befriedigt, besonders an der Listenverbindung, dem Höchststimmensystem, das die großen Parteien begünstigt, während es die kleineren Wählergruppen unberücksichtigt läßt, und der Größe der Wahlkreise mit durchschnittlich 11 Abgeordneten Kritik gelebt worden, ist eine Reihe von Änderungsvorschlägen gemacht worden. Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung hat diese geprüft und aus ihrer Zahl drei Vorentwürfe ausgewählt. In diesen Entwürfen ist das bisherige automatische System nach den vom Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Ergänzungen vorgesehen. Nach diesem System entfällt auf eine gewisse Anzahl Stimmen (60 000) je ein Abgeordneter. Die danach in den einzelnen Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden durch das ganze Land (Reich) zusammengezählt und nach dem vorhergehenden Satz bemerkt. Der Ergänzungsvorschlag des Reichsministers des Innern geht dahin, Reichstagswahlvorschläge einzuführen, die von den Parteileitungen eingereicht werden. Sie enthalten die Namen der Bewerber, denen die in den einzelnen Wahlkreisen sich ergebenden, für das ganze Reich zusammenzählenden Reststimmen nach der

gleichen Verteilungszahl wie in den Wahlkreisen (60 000) angerechnet werden.

In dem ersten Entwurf (A) sind die Wahlkreise kleiner als bisher. Es kommen auf jeden Wahlkreis durchschnittlich 6 Abgeordnete. Die Reststimmen kommen auf eine Reichstagswahlliste und werden insoweit berücksichtigt, als auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt.

Der zweite Entwurf (B) sieht ganz kleine Wahlkreise vor mit je 3 Abgeordneten. Mehrere örtlich zusammenhängende Wahlkreise können zu einem Wahlverbande vereinigt werden und besondere Verbandswahlvorschläge machen. Die Reststimmen werden zunächst auf die Verbände verteilt. Die in den Verbandswahlkreisen sich noch ergebenden Reststimmen werden auf die Reichswahllisten verteilt.

Der dritte Entwurf (C) hat Wahlkreise von gleicher Größe wie Entwurf B und sieht deren Zusammenfassung zu Verbandswahlkreisen vor. Es bleibt den Parteien überlassen, entweder Wahlkreis- oder Verbandswahlvorschläge einzureichen. Hiermit soll solchen Parteien, die in örtlichen Kreisen zu schwach sind, die Möglichkeit gegeben werden, sich zur Geltung zu bringen und ihnen damit ein Anreiz zu reger Wahlbeteiligung gegeben werden.

Die Entwürfe sehen auch das wiederholt gewünschte Wahlrecht für die Auslandsdeutschen vor. Die Durchführung in dieser Hinsicht bedarf aber noch eingehender Beratung. Die Wahlkreiseinteilung ist als Anlage zu dem neuen Gesetz und damit als Bestandteil des Gesetzes gedacht. Sie ist noch nicht entworfen, da die Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919, die ihr zugrunde gelegt werden sollen, noch nicht vorliegen.

Die Sechsstundenschicht im Bergbau.

Keine Erzwingung durch Streik.

Die außerordentliche Hauptversammlung des sogenannten alten Bergarbeiterverbandes in Essen befaßte sich fast ausschließlich mit der Frage der Einführung der Sechsstundenschicht.

Bei der Einzelabstimmung sprach sich die Generalversammlung für die Verkürzung der regulären unterirdischen Arbeitszeit bis auf sechs Stunden aus. In namentlicher Abstimmung wurde die Erzwingung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar durch Streik oder Arbeitsverweigerung mit 182 gegen 36 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Der Abgeordnete Hue hatte in der Debatte darauf hingewiesen, daß eine sofortige Einführung der Sechsstundenschicht die schwersten Gefahren für unser Wirtschaftsleben in sich bergen würde.

Ein Ententehilferuf an Wilson.

Deutschlands Aussichten im Juni 1918.

In seiner Kriegsbeschreibung bringt der amerikanische Oberkommandierende, General Pershing, ein interessantes Dokument, das sich als einen Hilferuf der Entente an Wilson darstellt. Es ist unterzeichnet von Clemenceau, Lloyd George und Orlando und lautet in seinem Hauptteil: „General Foch hat uns einen Bericht von außerordentlichem Ernst überreicht, der zeigt, daß die zahlenmäßige Überlegenheit des Feindes in Frankreich, wo 162 alliierte Divisionen jetzt 200 deutschen Divisionen gegenüberstehen, sehr schwerwiegend ist, und daß, da keine Möglichkeit besteht, die Anzahl der britischen und französischen Divisionen zu erhöhen (im Gegenteil, sie sind ganz außerordentlich beschränkt), die große Gefahr besteht, daß der Krieg verloren wird, wenn nicht die zahlenmäßige Unterlegenheit der Alliierten so schnell wie möglich durch die Ankunft amerikanischer Truppen behoben werden kann. Er besteht daher mit äußerster Beherlichkeit darauf, daß die größtmögliche Anzahl von Infanterie und Maschinengewehren, in welcher Hinsicht die Knappheit an Mannschaften auf Seiten der Alliierten ganz besonders besteht, von Amerika herübergeschafft werden sollte in den Monaten Juni und Juli, um die sofortige Gefahr einer Niederlage der Alliierten im gegenwärtigen Feldzuge abzuwenden, die verursacht werden würde durch den Umstand, daß die Reserven der Alliierten vor denjenigen der Deutschen erschöpft sein würden. Hinzufügen bemerkt er noch, daß, wenn man in die Zukunft sieht, es unmöglich ist, einen endgültigen Sieg vorauszusetzen, wenn nicht Amerika imstande ist, eine solche Armee zu stellen, die die Alliierten in die Lage versetzen wird, endgültig eine zahlenmäßige Überlegenheit herzustellen. Er tagiert die gesamte amerikanische Stärke, die hierzu erforderlich ist, auf nicht weniger als 100 Divisionen und bringt auf beständiges Transportieren von frischen amerikanischen Reserven, die seiner Meinung nach nicht weniger als 300 000 pro Monat sein sollten, mit der Aussicht, eine gesamte amerikanische Stärke von 100 Divisionen so bald wie nur irgend möglich herzustellen. Wir sind befriedigt, daß General Foch, der den gegenwärtigen Feldzug mit vollendeter Geschicklichkeit führt,